



Interviews

Datum: 17.10.2023

Moritz Küpper: Es ist ein großer Auflauf heute in Berlin. Der Bundeskanzler soll kommen, aber auch Robert Habeck von den Grünen, der Bundeswirtschaftsminister wird da sein, Christian Lindner, der Bundesfinanzminister von der FDP, genauso CDU-Oppositionschef Friedrich Merz, Bundesarbeitsminister Hubertus Heil. Die Rede ist vom Arbeitgebertag. Es geht neben den aktuellen kriegerischen Handlungen weltweit um die wirtschaftliche Lage hierzulande. Deutschland steckt als einziges Industrieland in einer Rezession.

Was steht an? – Darüber kann ich nun sprechen. Am Telefon ist Rainer Dulger, deutscher Unternehmer, seit fast drei Jahren Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, kurz BDA. Guten Morgen!

Rainer Dulger: Guten Morgen, Herr Küpper.

Küpper: Herr Dulger, wird das heute wieder ein Tag des Bittens, Bettelns, Nörgelns?

Dulger: Es wird ein Tag der Aufforderung zum Handeln. Deutschland steckt als eine der wichtigsten Industrienationen dieser Welt in einer tiefen Rezession und wir müssen jetzt etwas tun. Wir müssen jetzt handeln, um nicht abgehängt zu werden. Alle Volkswirtschaften in Europa wachsen, außer der deutschen. Das ist ein deutliches Signal, dass wir hier handeln müssen.

Küpper: Der Bundeskanzler wird sich heute nach Israel aufmachen, hat kurzfristig seine Pläne geändert. Wird er auch zu Ihnen kommen?

Dulger: Er wird kommen und wir sind dankbar, dass er kommt, weil er hat einen wirklich engen Terminplan heute. Und wir streichen auch ganz deutlich heraus, dass wir es für richtig halten, dass Deutschland solidarisch mit Israel ist. Auch wir Unternehmer und Unternehmen stehen fest an der Seite Israels und wir halten es für richtig, dass Bundeskanzler Scholz nach Israel reist, um hier Unterstützung zu bieten.

Trotzdem freuen wir uns - er hat großen Wert darauf gelegt, bei uns zu sein -, dass er doch noch vorbeikommt.

Küpper: Er wird kommen. Damit ist er dann nicht gemeint, wenn Sie, wie heute in der FAZ zu lesen, sagen, Teile der Ampel hören uns nicht zu. Scholz wird ja dann zuhören.

Dulger: Olaf Scholz ist Bundeskanzler und wenn wir die Bundesregierung kritisieren, egal ob in Teilen oder im Ganzen, trägt er dafür die Verantwortung und die nimmt er auch wahr. Deswegen sprechen wir heute mit ihm im Dialog und wir sind aber auch sonst mit ihm, dem Kanzleramt und Teilen der Bundesregierung im guten Austausch, um hier nach Lösungen zu suchen, wie wir die Situation in unserem Land verbessern können, was dringend notwendig ist. Wir müssen dringend etwas tun.

Küpper: Aber wer hört denn dann nicht zu?

Dulger: Ich würde mal mein Augenmerk darauf legen, welche Maßnahmen wir dringend brauchen und ob sich dann dafür jetzt in der Ampel und in dieser Bundesregierung Mehrheiten finden lassen. Es gibt verschiedene Themen, bei denen mehr oder weniger gut zugehört wird. Eines ist klar: Starke Wirtschaft, starkes Land, und wir brauchen eine starke Wirtschaft zum Erhalt unserer Sozialsysteme, dass wir auch weiterhin ein starker Partner sein können in der NATO, für unsere ukrainischen Freunde und so weiter. Darum geht es und deswegen müssen wir die Wirtschaft in diesem Land stärken und da gibt es Dinge, die auf der Agenda stehen, die Sie alle kennen und gehört haben. Das beginnt mit einem Fachkräftemangel, dem wir unbedingt entgegentreten müssen. Das geht weiter mit einer maroden Infrastruktur in diesem Land, egal ob Verkehr, Energie oder Daten. Es geht weiter mit einer verfehlten Energiepolitik, die nicht nur in dieser Legislatur begonnen wurde, die wir unbedingt korrigieren müssen. Es muss wieder bezahlbaren Strom geben für alle Wirtschaftstreibenden, aber auch für die Verbraucher. Und es geht hin bis zur Bildungspolitik. Wir leisten uns jedes Jahr 50.000 junge Menschen, die keinen Schulabschluss haben, und 30 Prozent vieler Studien werden vorzeitig abgebrochen. Das ist alles Potenzial, das wir heben können. Von der Renovierung der Infrastruktur eines maroden Verwaltungsapparates und viel zu viel Bürokratie in diesem Land will ich jetzt hier nicht so laut sprechen, aber das gehört auch dazu. Auch das müssen wir angehen.

Küpper: Dieses Klagen über Regulierung, auch über Bürokratie gab es auch schon, als die Energie noch billiger war und als auch die Wirtschaft gut lief. Warum wird jetzt so viel gemeckert? Rolf Mützenich, der SPD-Fraktionschef, sagte vor ein paar Tagen, wir lassen uns unser Land nicht schlechtreden, denn die Herausforderungen sind riesig, die sehen wir alle.

Dulger: Die sehen wir und es ist so, dass die Summe des Ganzen jetzt das Erträgliche übersteigt. Wir hatten vorher schon zu viel Bürokratie. Warum haben wir vorher nicht schon was dagegen getan? – Wir haben vorher schon absehbar in einen überstürzten Ausstieg aus Atomkraft und so weiter investiert. Warum haben wir nicht schon früher gegengesteuert? – Weil es in der Summe der Belastungen immer noch einigermaßen erträglich war. Aber diese Grenze der Erträglichkeit ist jetzt überschritten und deswegen müssen wir jetzt entschlossen handeln.

Wir reden mit der Bundesregierung über Künstliche Intelligenz, im schlimmsten Fall über deren Regulierung und so weiter, und in den Behörden stehen noch die Faxgeräte. Das passt nicht zusammen.

Küpper: Das heißt, diese veraltete Technologie, die Digitalisierung ist das Problem oder zu viel Bürokratie? Als Unternehmer müssen Sie ja auch eine Art Prioritätenliste machen. Was packt man zuerst an?

Dulger: Eine Prioritätenliste – und das ist genau der richtige Punkt – ist eine Liste und da stehen nicht ein oder zwei Punkte drauf; da stehen bei uns hier in Deutschland 10 und 15 Punkte drauf.

Küpper: Was sollen wir zuerst anfangen?

Dulger: Die meisten davon habe ich eben genannt. Wir müssen etwas gegen den Fachkräftemangel tun. Wir müssen etwas gegen die Überregulierung in diesem Land tun, durch zu viel behördliche Aufsicht, und wir müssen etwas gegen den Fachkräftemangel in diesem Land tun, Bildungsverbesserungen, Infrastruktur.

Küpper: Da gibt es doch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Insofern packt die Regierung das an. Aber wenn wir bei der Bürokratie sind: Was sollte weg?

Dulger: Es gibt sehr viele Regulierungen, die aus Brüssel kommen, die uns in Deutschland hier einschränken. Ich erinnere hier an das Lieferkettenkontrollgesetz. Es gibt aber auch neue Sozialstandards, die jetzt über den Betrieben ausgeschüttet werden. Da gibt es Berichtspflichten, dass sie über die Sozialstandards in ihren Betrieben berichten müssen. All das sind Berichtsstandards, die uns von dem eigentlichen Geschäft, uns um unsere Kunden zu kümmern und unsere Produkte zu verbessern, abhalten und für uns nur unnötigen Aufwand und Bürokratie bedeuten.

Küpper: Man könnte auch sagen, das seien zivilisatorische Errungenschaften, und in anderen Ländern der Europäischen Union gelten die ja auch und dort gibt es wirtschaftliches Wachstum.

Dulger: Ich denke, dass es da Unterschiede gibt bei den sogenannten Umsetzungs-vorschriften. Das heißt, wie ist das Ganze umzusetzen. Genau da ist Room for Improvement, da können wir noch etwas tun, dass die Belastung in den Betrieben weniger wird.

Küpper: Also nicht so genau hinschauen?

Dulger: Das würde ich so nicht ausdrücken wollen. Es gibt einfach Möglichkeiten, dass man so was erträglicher gestalten kann.

Küpper: Dann nehmen wir den nächsten großen Punkt, der seit Wochen, seit Monaten in der Diskussion ist: der Brückenstrompreis. Ist es da nicht eigentlich gut, dass Olaf Scholz klar Kante behält und nicht Milliarden an Subventionen in einen Markt pumpt, von dem man nicht weiß, wann diese Brücke enden soll?

Dulger: Ich glaube, Sie haben eben das wichtigste Stichwort schon genannt. Wir wissen nicht, wo diese Brücke enden soll, und wir brauchen wieder bezahlbaren Strom für alle, nicht nur für die Bürger, sondern auch für alle Gewerbetreibenden. Deswegen brauchen wir eine Politik, die nicht nur an das Elektrostahlwerk denkt, sondern eine, die auch an den kleinen Bäckermeister um die Ecke denkt, dass auch er seinen Strom bezahlen kann und die Brötchen wieder bezahlbarer werden. Das ist die Art von Politik, die wir suchen. Hier werden Kompromisse notwendig sein und deswegen möchten wir heute auf unserem Arbeitgebertag diese Art von Diskussionen führen und nach Lösungen suchen.

Küpper: Wie könnten diese Lösungen denn aussehen, wenn Sie – so höre ich das gerade heraus – dem Brückenstrompreis eher eine Absage erteilen?

Dulger: Ich bin kein ausgewiesener Spezialist für Energiepolitik. Das machen unsere Kollegen vom BDI und die haben hier auch schon die passenden und vor allem guten Vorschläge vorgelegt und sind hier im Dialog mit der Bundesregierung. Wir legen unser Augenmerk vor allem auch darauf – und darüber haben wir noch nicht gesprochen -, dass zum Beispiel unsere Sozialsysteme funktionsfähig bleiben, dass unser Bildungssystem uns auch wieder top ausgebildete junge Menschen in den Arbeitsmarkt liefert. Es muss ein Versprechen sein, dass man durch Bildung hier in diesem Land nach wie vor aufsteigen kann und diese Bildung auch wirklich gut angeboten wird.

Küpper: Herr Dulger, es sind sehr politisierte Zeiten, durch die kriegerische Auseinandersetzung in der Ukraine, aber jüngst auch im Nahen Osten. Wir haben ein- gangs darüber gesprochen. Sie haben auch klargemacht, wo die deutschen Arbeitgeber an dieser Stelle stehen. Aber wir kennen auch alle die Bilder aus Deutschland, aus Berlin-Neukölln, die Demonstrationen auf den Straßen, aus Duisburg, Unterstützung der Hamas dort, öffentlich durchaus, andernorts Demonstrationen für Israel, Solidaritätsbekundungen. Der Konflikt findet auch hierzulande statt, auf Schulhöfen, in der Kabine des FC Bayern möglicherweise. Wie sieht das in Ihren Betrieben aus?

Dulger: Ich glaube, dass wir uns fest zu unseren demokratischen Grundsätzen bekennen sollten. Unser Platz ist fest an der Seite Israels und wir sollten sehr darauf achten, dass wir uns nicht von außerhalb politisieren lassen, sondern uns wirklich

nach wie vor zielgerecht für unsere demokratischen Grundsätze einsetzen. Dazu gehört, dass wir es nicht gutheißen können, wenn ein anderes Land überfallen und terrorisiert wird.

Küpper: Aber gibt es da auch Spannungen? Sie sagen, man muss darauf achten, aber manchmal trägt sich das ja einfach rein.

Dulger: Ich glaube, wir haben auf dem Arbeitgebertag heute wichtige Themen, über die wir noch weiter sprechen müssen. Dazu gehört der Fachkräftemangel, dazu gehören Probleme in unserer Infrastruktur. Und wir müssen abwarten, wie sich die politische Lage in unseren Betrieben entwickelt. Aber wichtig ist, dass in unseren Betrieben alle morgen noch Brot und Arbeit haben.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.